

19. Juni 2011, 15:41, NZZ Online

Liechtenstein spricht sich für Homo-Ehe aus

Deutliches Signal für eine offene und liberale Gesellschaft



In Liechtenstein (Bild: Vaduz) können sich gleichgeschlechtliche Paare künftig registrieren lassen. (Bild: Imago)

Im Fürstentum Liechtenstein können sich gleichgeschlechtliche Paare künftig registrieren lassen. Am Sonntag hat sich das liechtensteinische Stimmvolk mit einem deutlichen Ja-Stimmenanteil von 68,8 Prozent für das Partnerschaftsgesetz ausgesprochen.

(sda) Bei einer Stimmbeteiligung von 74,2 Prozent setzten 9239 Stimmberechtigte mit ihrem Ja zur möglichen Registrierung gleichgeschlechtlicher Paar ein klares Signal für eine offene und liberale Gesellschaft. Nur 4199 Stimmberechtigte oder 31,2 Prozent folgten den Argumenten der Gegner, die darin eine Schwächung der Familie sehen.

Die Regierung und das Parlament, der Landtag, standen geschlossen hinter dem neuen Partnerschaftsgesetz. Es sieht vor, dass homosexuelle Partnerschaften auf dem Zivilstandsamt beurkundet werden. Nicht zulässig sind die Adoption von Kindern und die Anwendung von fortpflanzungsmedizinischen Verfahren wie Samenspende oder Leihmutterchaft.

Tolerantes Liechtenstein

«Mit dem deutlichen Ja zum Partnerschaftsgesetz setzt Liechtenstein ein Zeichen für mehr Gerechtigkeit und Toleranz, weil wir mit diesem Schritt die heutige Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Paare aufheben», freute sich Regierungschef Klaus Tschütscher über das Abstimmungsergebnis.

Weiter führte er gegenüber der Nachrichtenagentur SDA dazu aus: «Wir anerkennen und respektieren damit ohne Einschränkungen dauerhafte Beziehungen von Menschen, die füreinander da sein wollen und gegenseitig Verantwortung übernehmen.»

Im Erbrecht, im Sozialversicherungsrecht, in der beruflichen Vorsorge, im Ausländer- und Einbürgerungsrecht, im Steuerrecht sowie im übrigen öffentlichen Recht werden die eingetragenen gleichgeschlechtlichen Paare den Ehepaaren gleichgestellt.

Das neue Gesetz hat im kleinen Fürstentum viel Staub aufgewirbelt. Befürworter und Gegner lieferten sich in den Leserbriefspalten der Zeitungen einen harten Schlagabtausch. Abgestimmt über den Erlass wurde am Wochenende, weil eine Interessengemeinschaft namens «Vox populi» erfolgreich das Referendum ergriffen hatte.

«Vox populi» dennoch zufrieden

Hinter «Vox populi» steht Johannes Schraner aus Mauren, ein Cousin von Erzbischof Wolfgang Haas. Immerhin 31,2 Prozent der Stimmberechtigten folgten den stets gleichen drei Argumenten, welche Schraner und seine wenigen Mitstreiter ins Feld führten: Das neue Gesetz schwäche die Familie, und es sei gleichsam der Türöffner für ein späteres Adoptionsrecht. Zudem brauche es kein Partnerschaftsgesetz, damit gleichgeschlechtliche Paare ihre Rechtsangelegenheiten verbindliche regeln könnten.

Johannes Schraner ist dennoch zufrieden mit dem Ergebnis. Man dürfe nicht vergessen, dass die Regierung, der Landtag und alle Parteien gegen «Vox populi» aufgetreten seien, sagte Schraner gegenüber Radio Liechtenstein. «Mit den Mitteln, die wir zur Verfügung hatten, haben wir trotzdem über 30 Prozent erreicht. Nachdem wir von Anfang an gewusst haben, dass es für uns ganz schwierig sein wird, werten wir dies als gutes Resultat».

Erzbischof Haas spricht von «Skandal»

Das Fürstenhaus hat sich nicht in die Abstimmung eingemischt. Anders das Erzbistum Vaduz: Erzbischof Wolfgang Haas äusserte sich in der aktuellen Diskussion zwar nicht, hat aber schon früher seinen Standpunkt bekanntgegeben.

«Praktizierte Homosexualität ist objektiv eine schwere Sünde, deren rechtliche Anerkennung geradezu einen Skandal darstellen würde», sagte der katholische Oberhirte in einem Zeitungsinterview. Generalvikar Markus Walser bezeichnete homosexuelle Handlungen bezugnehmend auf die Bibel als «schlimme Abirrung».

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/liechtenstein_spricht_sich_fuer_homo-ehe_aus_1.10975734.html